

## Liebe Gummersbacher Mitbürger,



wie jedes Jahr nutze ich die Sommerpause des Stadtrates gerne, um Sie über die Schwerpunkte meiner Arbeit als Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses in den vergangenen Monaten auf dem Laufenden zu halten.

In meinem letzten Bürgerbrief im Sommer 2018 informierte ich Sie darüber, dass das inzwischen geschlossene Theater auch mit den Stimmen der SPD als Projekt für die sogenannte Regionale 2025 angemeldet wurde. Ich berichtete Ihnen ebenfalls im letzten Bürgerbrief, dass für dieses Vorhaben eigens eine Lenkungsgruppe eingesetzt wurde. Wie versprochen, hat die SPD-Gummersbach die Arbeit dieses Gremiums intensiv mitgestaltet.

Für uns steht dabei fest, dass drei Bedingungen für die Wiederaufnahme des Theaterbetriebes erfüllt werden müssen. Erstens ein überzeugendes inhaltliches Konzept, das mehr Besucher nach Gummersbach lockt. Zweitens eine gesicherte und dauerhafte Finanzierung der Betriebskosten, die nicht von Ihnen als Bürger und Steuerzahler unserer Heimatstadt alleine getragen werden dürfen. Schließlich drittens eine zuverlässige Sanierung, deren Kosten ganz wesentlich vom Land NRW übernommen werden müsste. Zur ersten Bedingung können wir sagen, dass ein überzeugendes Konzept für ein neues Theater mit vielseitigen Angeboten und Möglichkeiten der Mitwirkung an Theaterproduktionen erarbeitet wurde. Auf Basis dieses Konzeptes wurden auch klare Aussagen für die zukünftigen Betriebskosten getroffen. Hier liegt ein wesentlicher Knackpunkt. Die Betriebskosten würden sich mit mindestens 2 Millionen Euro pro Jahr gegenüber dem alten Theater ungefähr vervierfachen. Eine solche Summe kann von Gummersbach alleine nicht gestemmt werden.

Diese zusätzliche Belastung wäre aus unserer Sicht nicht vertretbar und auch nur schwerlich ohne zusätzliche Einnahmen finanzierbar. Deshalb brauchen wir Partner, die sich an den Kosten beteiligen. Dazu gehört nach meiner Meinung vor allen Dingen der Oberbergische Kreis, weil das neue Theater eine große Wirkung weit über Gummersbach hinaus entfalten soll (Der Arbeitstitel heißt nicht umsonst: „Theater für Gummersbach und das bergische Rheinland“). Zusagen für eine solche Beteiligung, vor allem konkrete Zusagen über einen namhaften jährlichen fixen Betrag über mindestens 10-15 Jahre, sind hier sicherlich zwingend erforderlich. Auch der ehrenamtlich geführte Förderverein, der sehr aktiv ist, wird sich hier sicherlich mit einem festen Betrag pro Jahr für den von ihm so vehement geforderten Betrieb eines Stadttheaters beteiligen müssen, denn – auch das ist ein Teil der Wahrheit – bei weitem nicht alle Bürgerinnen und Bürger sind bekennende Theatergänger und würden diese Projekt durch zusätzliche Abgaben(lasten) unterstützen wollen.

Die Kosten der baulichen Sanierung und des geplanten Umbaus des Theaters werden nach der Erteilung des sog. B-Stempels der Regionale konkret ermittelt werden. Wenn diese Kosten vorliegen, so wird auch hier seriös über eine Finanzierung und über Abschreibungsmodalitäten zu reden sein. Es muss zumindest gewährleistet sein, dass diese Kosten nicht in die weite Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder verlagert werden. Trotz dieser Finanzierungslücken und zum Teil auch sehr kontrovers geführten Diskussionen gab es zum jetzigen Zeitpunkt keine nachvollziehbaren Gründe, das „Projekt Theater“ nicht in die nächste Runde zu schicken, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Deshalb hat die SPD-Fraktion dieser nächsten Runde auch einstimmig zugestimmt – ob letztendlich final dem Projekt Theater zugestimmt werden kann, werden die zu ermittelnden harten Zahlen zeigen müssen.

Für die Finanzpolitik unserer Stadt gelten bis 2021 weiterhin die Vorgaben des Stärkungspaktes des Landes NRW, sprich: Es muss ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Das Jahr 2018 endete dank unerwartet hoher Gewerbesteuern und vor allem dank einer konsequenten Haushaltsdisziplin auch seitens der Verwaltung mit einem unerwartet positiven Abschluss, der es ermöglichte, weiter mit Augenmaß Schulden abzubauen und den Anforderungen des bereits erwähnten Stärkungspaktes zu genügen.

Schon seit längerer Zeit gibt es in ganz Nordrhein-Westfalen eine große Diskussion um die Anliegerkosten bei Straßenbaumaßnahmen. Ein ganz wichtiges Thema in unser aller Wohnumfeld, da hier so manche Straße in ein Alter kommt, in der mit einer Sanierung zu rechnen ist. Dabei kommt es leider häufig zu sehr hohen finanziellen Belastungen für die Anlieger, die ja durch zahlreiche andere Abgaben schon mehr als genug in Anspruch genommen werden. Betroffen sind alle, Eigentümer und Mieter. Ich bin überzeugt, dass das bisherige Abrechnungssystem ungerecht ist. Es kann nicht sein, dass bei kommunalen Straßen der größte Teil der Finanzierung auf den Schultern der Anwohner lastet. Alle Straßen stehen allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung. Daher sollten auch die Kosten auf alle verteilt werden und das Land NRW die Finanzierung tragen. Geschätzt liegen die Kosten hier bei rund 130 Mio. €. Die SPD-Landtagsfraktion war schon im Dezember 2018 aktiv geworden und hatte die vollständige Kostenübernahme durch das Land gefordert. Mittlerweile konnte auch die CDU/FDP-geführte Landesregierung dem Druck nicht mehr standhalten und hat vor wenigen Wochen endlich einen eigenen Vorschlag unterbreitet. Dieser sieht eine Beteiligung des Landes in Höhe von 65 Mio. € vor. Es handelt sich zwar um einen kleinen Schritt in die richtige Richtung – letztlich handelt es sich aber um ein halbherziges Modell. Es wird somit wahrscheinlich keine einheitliche Lösung in NRW geben. Die Verantwortung und damit die Kosten werden weiterhin den Kommunen aufgebürdet. Neue Unsicherheiten und zusätzliche Bürokratie entstehen. Im Herbst 2019 soll der Landtag entscheiden.

Ich werde mich weiterhin für eine bürgerfreundliche Lösung einsetzen, zumal der Bund der Steuerzahler ähnlich argumentiert und sich auch für eine Gesetzesänderung stark macht.

Als ein aktuelles Problem macht der Klimawandel auch vor Gummersbach nicht halt. Es gibt viele Initiativen, die sich dieses dringlichen und existentiellen Themas annehmen. Es ist erforderlich, dass auch unsere Stadt die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen mit unseren Möglichkeiten vor Ort als Aufgabe von höchster Priorität ansieht. Mobilität ist hier sicherlich ein bedeutender Aspekt. Wie soll eine „Nachhaltige Mobilität im Raum Gummersbach“ aussehen? Wie sind Individualverkehr und ÖPNV auf die Belange im ländlichen Raum abzustimmen und zu optimieren? Wie ist der demographische Wandel zu berücksichtigen? Welche Verkehrsinfrastruktur/Ladeinfrastruktur muss hierzu geschaffen werden und wie soll diese finanziert werden?

Es gibt noch viel mehr Themen, mit denen wir uns im Stadtrat beschäftigt haben. Kommunalpolitik ist sehr vielschichtig. Aber es fehlt der Platz, um über alles zu berichten.

Ich hoffe, dass dieser aktuelle Bürgerbrief für Sie informativ ist und wünschen Ihnen noch schöne Sommertage.

Mit freundlichen Grüßen

*Torsten Stommel*

**TORSTEN STOMMEL**

Dellenfelder Straße 10 • 51643 Gummersbach

Tel: 0 22 61 - 2 93 44

[torsten.stommel@spd-gummersbach.de](mailto:torsten.stommel@spd-gummersbach.de)

[www.spd-gummersbach.de](http://www.spd-gummersbach.de)  [facebook.com/spdgm](https://facebook.com/spdgm)